

INTERN

die CDU-Stadtverordnetenfraktion informiert

Ausgabe 1/2012



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Kommunalwahl vom 27. März 2011 liegt inzwischen gut 10 Monate zurück. Die CDU hat bei dieser Wahl wiederum die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen, wofür wir Ihnen, unseren Wählerinnen und Wählern, sehr dankbar sind.

Der neuen Fraktion gehören 10 Frauen und 20 Männer an. Das Durchschnittsalter aller CDU-Stadtverordneten beträgt 49 Jahre, wobei das jüngste Fraktionsmitglied 24 Jahre und das älteste 65 Jahre alt ist. 4 Fraktionsmitglieder wurden erstmals in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, die wir Ihnen bei INTERN näher vorstellen werden. Damit stellt die neue Fraktion eine gute Mischung aus erfahrenen und erstmals gewählten Stadtverordneten sowie aus jungen und älteren Männern und Frauen mit den verschiedensten Berufen dar. Da bereits bei der Kandidatenbenennung auf die regionale Herkunft geachtet wurde, ist auch gewährleistet, dass in nahezu allen Stadtteilen CDU-Stadtverordnete wohnen, die Ansprechpartner vor Ort sind.

Die Fraktionsgremien haben sich kurz nach der Wahl zügig und weitgehend reibungslos konstituiert, so dass die neue Fraktion sehr schnell wieder handlungsfähig wurde. Dies hat sie bereits durch die intensive und erfolgreiche Beratung und Verabschiedung des ausgeglichenen Haushaltsplans der Stadt Fulda für das Jahr 2012 unter Beweis gestellt. Wir versprechen Ihnen, dass wir auch in Zukunft durch sachliche Arbeit unserer Verantwortung für unsere schöne Stadt Fulda gerecht werden wollen.

Gerhard Stollberg

Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion

Erfolg durch Kooperation –

Stadt und Landkreis arbeiten für Bildung und Familien eng zusammen

Stadt und Landkreis arbeiten immer enger zusammen, um die Region noch familienfreundlicher zu gestalten und das Bildungsangebot auszubauen. „Unsere Angebote sind durch die enge Kooperation effizienter, vielfältiger und bürgerfreundlicher geworden“, bilanzieren die Vorsitzende des Sozialausschusses, Margarete Ziegler-Raschdorf, Bürgermeister Dr. Wolfgang Dippel und Erster Kreisbeigeordneter Dr. Heiko Wingenfeld.

Beispielhaft für die engere Kooperation steht die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle von Stadt und Landkreis, die 2007 eingerichtet wurde. „Unsere beiden Mitarbeiterinnen können sich jetzt voll auf das sensible und wichtige Thema Adoption konzentrieren. Für Eltern und Kinder ist auch die Erreichbarkeit eines Ansprechpartners besser gewährleistet“, berichtet Vize-Landrat Dr. Wingenfeld. Auch im Pflegekinderwesen und in der Jugendhilfe im Strafverfahren – früher als Jugendgerichtshilfe bekannt – gehen Stadt und Landkreis Fulda mittlerweile einen gemeinsamen Weg. Die hervorragende Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren wird mittlerweile auch überregional als beispielhaft anerkannt.

Die Beratung in den Bereichen Adoptionsvermittlung und Pflegekinder wird künftig unter einem Dach in der Leipziger Straße 6 den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. „Wir sind davon überzeugt, dass wir damit das Angebot für unsere Familien verbessern können. Es geht nicht um Stellenreduzierungen, sondern um die Ausweitung unserer Möglichkeiten“, betonen Ziegler-Raschdorf, Dr. Dippel und Dr. Wingenfeld übereinstimmend.

Auch das Bildungsangebot der Region konnte im Jahr 2011 deutlich erweitert werden. So ist es Stadt und Landkreis Fulda gemeinsam gelungen, das neue „Kompetenzzentrum für Sprache und Erziehung“ am Fuße des Rauschenbergs ins Leben zu rufen. Damit wird eine echte Versorgungslücke geschlossen, denn in der Region gab es bislang kein geeignetes Angebot für Kinder mit Erziehungshilfebedarf. Kinder mussten täglich nach Wabern hin- und zurückgefahren werden, was für die Familien eine erhebliche Belastung dargestellt hat. Erstmals verfügen Stadt und Landkreis jetzt auch über eine

Sprachheilschule, in der Grundschulkin- der bei der Sprachentwicklung unterstützt werden. „Wenn früher bei einem Kind ein sprachpädagogischer Förderbedarf bestand, musste ein Internatsaufenthalt in Gießen in Kauf genommen werden. Das war für die allermeisten Familien ein unzumutbares Hindernis. Wir sind froh, dass jetzt ein Angebot vor Ort besteht“, berichtet Margarete Ziegler-Raschdorf. Dr. Dippel und Dr. Wingenfeld sehen die Bildungsregion durch das neue Kompetenzzentrum deutlich gestärkt: „Allein hierfür stellt das Land Hessen vierzehn zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung.“

Eine weitere Errungenschaft für die Bildungsregion Fulda ist die neu gegründete St.-Lioba-Schule. Seit der Eröffnung im November 2011 werden hier Kinder und Jugendliche beschult, die in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Fulda behandelt werden. Deren Eröffnung schließt ebenfalls eine über Jahrzehnte hinweg bestehende Versorgungslücke. Bislang mussten Familien Unterstützung in Gießen/Marburg oder Würzburg suchen. Für die neue St.-Lioba-Schule, die ebenfalls in enger Abstimmung zwischen Stadt und Landkreis Fulda geschaffen wurde, hat das Land Hessen dreizehn zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt.

„Stadt und Landkreis Fulda können mehr für die Region erreichen, wenn sie gemeinsam an einem Strang ziehen“, stellen Margarete Ziegler-Raschdorf, Dr. Dippel und Dr. Wingenfeld fest. Deshalb komme es auch in Zukunft darauf an, gemeinsame Wege zu gehen, um die Region in Sachen Bildung und Familienfreundlichkeit weiter nach vorne zu bringen.



Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis: Erster Kreisbeigeordneter Dr. Heiko Wingenfeld, Sozialausschuss-Vorsitzende Margret Ziegler-Raschdorf und Fuldas Bürgermeister Dr. Wolfgang Dippel.

Gute Gründe für eine kommunale Trägerschaft

Interview mit Hans-Dieter Alt zum Klinikum Fulda



Hans-Dieter Alt ist stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Aufsichtsratsmitglied der Klinikum Fulda gAG.

INTERN: Herr Alt, in den vergangenen Wochen wurde oft und viel über das Klinikum gesprochen. Wie sehen Sie das Fuldaer Klinikum?

H.-D. Alt: Das Klinikum ist eine der bedeutendsten kommunalen Einrichtungen für Osthessen. Die Gesundheitsfürsorge gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Menschen dieses Raumes. Auch wirtschaftlich kommt dem Klinikum als Arbeitgeber und Auftraggeber eine herausragende Stellung zu. Trotz der bekannten Probleme in der Vergangenheit können wir stolz auf die Leistung der Klinik sein. Das Haus bietet ein Höchstmaß an Medizin.

INTERN: Eigentümerin der Klinik ist die Stadt Fulda. Bleibt das nach Ihrer Auffassung so?

H.-D. Alt: Absolut. Ich bin wie die gesamte CDU-Fraktion der Meinung,

dass die Klinik in kommunaler Verantwortung geführt werden muss. In unseren Reihen gibt es keinerlei Überlegungen, die Klinik zu veräußern.

INTERN: Gibt es hierfür Gründe, denn eigentlich wird der Krankenhausmarkt zunehmend von privaten Betreibern geprägt und die Stadt könnte das Haus sicher für viel Geld veräußern?

H.-D. Alt: Ja, es gibt gute Gründe, an der kommunalen Trägerschaft festzuhalten. Wir verfügen heute mit dem Klinikum über ein Krankenhaus der Maximalversorgung. Die Bürger unseres Raumes können in räumlicher Nähe mit fast der gesamten Breite und Tiefe der heutigen Medizin versorgt werden. Dies würde sich im Zeitablauf verändern. Ein privater Träger würde innerhalb seines Konzerns Verlagerungen vornehmen. Private Krankenhaus-Konzerne bilden Schwerpunkte, örtliche Zentren. Im Zeitablauf würden wir die eine oder andere Behandlungsform abgeben, die Vor-Ort-Versorgung würde nicht mehr in dem heutigen Maß erhalten bleiben.

INTERN: Kann sich Osthessen auf Dauer eine solche Spitzenklinik leisten – man liest doch überall von den wirtschaftlichen Problemen gerade kommunaler Krankenhäuser?

H.-D. Alt: Fulda hat eine besondere Stellung im Markt, das hilft uns außerordentlich. Wir stehen nicht in einem so harten Wettbewerb, wie beispiels-

weise Krankenhäuser im Rhein-Main-Raum oder im Ruhrgebiet, wo einzelne Häuser miteinander im harten Wettbewerb stehen. In Osthessen haben alle vorhandenen Einrichtungen ihren Stellenwert und ihren Markt. Wenn wir uns um die Versorgung unseres Patientenpotenzials kümmern und hier eine gute Versorgung sicherstellen, mache ich mir um die Wirtschaftlichkeit keine Sorgen.

Das Interview führte Steffen Werner.



Zahlen des Klinikums (2011):

- 2.700 Mitarbeiter
- 36.000 stationäre Patienten pro Jahr
- 65.000 ambulante Fälle pro Jahr inkl. MVZ
- Einzugsbereich ca. 500.000 Einwohner
- 24 Kliniken und Institute
- 980 aufgestellte vollstationäre Betten und 47 teilstationäre Plätze
- Auslastungsgrad: 80,7%
- durchschnittliche Verweildauer 7,69 Tage
- Gesamtumsatz: 173,2 Mio. EUR (vorläufig)

Für Sie neu im Stadtparlament

CDU-Stadtverordnete stellen sich vor – Teil 1



glied des Umweltausschusses, Mitglied des Ortsbeirats Johannesburg:

„Mich hat die Aussicht gereizt, unser Umfeld aktiv mitzugestalten, anstatt – wie es viele tun – aus der Distanz an Entscheidungen herumzunörgeln. Es ist eine ebenso spannende wie verantwortungsvolle Aufgabe, am Zusammenwirken um das Gemeinwohl betei-

Heike Kleemann (51), verheiratet, zwei erwachsene Söhne, Angestellte bei Parfümerie Akzente, seit März 2011 Stadtverordnete im Fuldaer Stadtparlament, Mit-

ligt zu sein und Mitsprache bei Dingen zu haben, die uns alle betreffen. Mir ist es wichtig, einen möglichst breiten Konsens zu finden, denn kommunale Projekte sollten von großer Akzeptanz geprägt sein. Das beinhaltet selbstverständlich auch, alle Sachverhalte kritisch zu beleuchten und Argumente abzuwägen. Dabei beeindruckt mich das gemeinsame Wirken, denn Alleinentscheidungen haben in einer Demokratie nichts zu suchen.“



Bernhard Farnung (53), verheiratet, Vater zweier schulpflichtiger Kinder, Studium Wirtschaftswis-

senschaften und Wirtschaftspädagogik, über 20 Jahre Lehrer an berufsbildenden Schulen in Frankfurt und Fulda, seit vielen Jahren in der Lehrerbildung in Fulda tätig (Studienseminar für berufliche Schulen), ehrenamtlicher Bezirksvorsteher und Schiedsmann in Horas und Aschenberg, seit März 2011 Mitglied der Fuldaer Stadtverordnetenversammlung, darin Mitglied des Schul-, Kultur- und Sportausschusses sowie Mitglied der Schulkommission: „Nicht nur politisch und kommunalpolitisch interessiert sein, sondern auch aktiv politisch mitdenken, mitwirken und mitgestalten an der Entwicklung und den Veränderungen der Stadt Fulda sind die Motive für mein politisches Engagement. Oder wie Sepp Herberger sagte: „Wichtig ist auf dem Platz.“

Produktions- und Dienstleistungsbetriebe anzusiedeln, ist kommunaler Dauerauftrag

Wirtschaftsförderung in Fulda ist „Chefsache“



Gerhard Möller

Wenn Fuldas Oberbürgermeister Gerhard Möller auf die Wirtschaftsförderung angesprochen wird, dann spricht er gerne von einem „dauerhaften Auftrag und Bemühen“. Denn insbesondere die Ansiedlung neuer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe sind „Chefsache“, wie der Verwaltungschef

betont. Vor allem geht es darum, die Bestandsentwicklung an bestehenden, aber auch neuen Standorten konsequent und kontinuierlich voranzubringen.

Die bisherigen Erfolge können sich sehen lassen. Möller führt als Beispiel das Münsterfeld an. „Dort sind inzwischen fast keine Flächen mehr frei.“ Auch am Gewerbegebiet Lehnerz wächst das Interesse Ansiedlungswilliger weiter. Gleiches gilt aus Möllers Sicht für den Industriepark West. Sein Fazit: Durch die Bestandsentwicklung sind Flächen entstanden, auf denen sich viele neue Produktions- und Dienstleistungsunternehmen angesiedelt haben.

„Wir können als Wirtschaftsstandort durch unsere gute Infrastruktur und Verkehrsanbindung in Verbindung mit attraktiven Gewerbeflächen punkten“, meint Fuldas Wirtschaftsdezernent und fügt hinzu, den Vergleich mit anderen Städten und Regionen brauche

Fulda nicht zu scheuen. Das engagierte Vermarkten zahle sich aus. In den zurückliegenden Jahren habe die Stadt auch die Chance der Fachmesse „Expo Real“ genutzt, um sich als Wirtschaftsstandort zu präsentieren.



Ein Schwerpunkt im Münsterfeld: ein breites Gesundheitsangebot

Warum eine „gesplittete Abwassergebühr“?

INTERN fragt bei Gerhard Stollberg nach



Gerhard Stollberg

In den vergangenen Wochen wurden allen Grundstücks- und Hauseigentümern unserer Stadt ein Fragebogen des Abwasserverbandes Fulda zugesandt, um die Größe der Dachflächen der Häuser sowie versiegelten Flächen (Terrassen-, Wege- und Hofflächen) zu ermitteln, deren Entwässerung über das öffentliche Kanalnetz erfolgt. Das Ergebnis dieser Fragebogenaktion dient als Bemessungsgrundlage für die ab dem 1. Januar 2013 vorgesehene Erhebung einer gesplitteten Gebühr im Bereich des Abwasserverbandes Fulda. Werden hierdurch unsere Bürgerinnen und Bürger mit zusätzlichen Gebühren belastet? INTERN befragte hierzu den Vorsitzenden der CDU-Stadtvorordnetenfraktion Gerhard Stollberg, der zugleich auch Vorsitzender des Finanzausschusses beim Abwasserverband Fulda ist.

INTERN: Warum soll ab dem Jahr 2013 eine sogenannte „gesplittete“ Abwassergebühr erhoben werden?

Stollberg: Bisher wurde die Abwassergebühr in Fulda ausschließlich nach dem Frischwasserverbrauch ermittelt. Viele Städte und Gemeinden haben jedoch bereits in der Vergangenheit auch die Niederschlagsmengen, die über die Dachflächen und die befestigten Grundstücksflächen in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet werden, bei der Berechnung der Gebühren zu Grunde gelegt. In Fulda haben die Gremien des Abwasserverbandes die Erhebung einer solchen gesplitteten Abwassergebühr bisher abgelehnt, weil sie zu einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand führt. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat jedoch mit Urteil vom 2. September 2009 (5 A 619/08) entschieden, dass die einheitlich nach dem Frischwasserverbrauch ermittelte Abwassergebühr gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Äquivalenzprinzip verstößt. Uns bleibt deshalb keine Wahl; auch in Fulda muss aufgrund dieser Gerichtsentscheidung eine gesplittete Abwassergebühr erhoben werden.

INTERN: Erzielt der Abwasserverband durch die Einführung der gesplitteten Gebühr Mehreinnahmen?

Stollberg: Nein. Der Finanzausschuss und die Verbandsversammlung des Abwasser-

verbandes haben sich dafür ausgesprochen, die bereits seit 8 Jahren mit 2,60 EUR je m² Abwasser in unveränderter Höhe bestehende Abwassergebühr nicht zu erhöhen, was dazu führen wird, dass auch der Abwasserverband durch die Einführung der gesplitteten Gebühr beim gesamten Gebührenaufkommen voraussichtlich keine Mehreinnahmen erzielen wird. Absehbar ist jedoch, dass durch die neue, uns aufgezwungene Gebührenstruktur in Zukunft einzelne Gebührenzahler höhere Gebühren, andere dafür aber niedrigere Abwassergebühren zu zahlen haben.

INTERN: Was bedeutet dies konkret für den Gebührenzahler?

Stollberg: Konkrete Zahlen lassen sich jetzt noch nicht nennen, weil bisher noch nicht feststeht, in welcher Höhe die Gebühr für das Oberflächenwasser festgesetzt und um wie viel Cent im Gegenzug die Gebühr für das nach dem Frischwasserverbrauch ermittelte Schmutzwasser gesenkt wird. Als Faustregel kann jedoch festgehalten werden, dass Grundstückseigentümer von Häusern mit großen Dachflächen, die von nur wenigen Personen bewohnt werden, voraussichtlich höhere Abwassergebühren zahlen müssen, während Gebührenzahler, die zusammen mit vielen Personen unter einem Dach wohnen (z.B. Hochhausbewohner) mit Sicherheit entlastet werden.

Hilfe konkret – wie der Bund die Stadt Fulda unterstützt

CDU-Fraktionsvorstand informiert sich beim heimischen Bundestagsabgeordneten Michael Brand



Michael Brand MdB

Beachtliche Resultate: das ergab ein Austausch von Vertretern der CDU-Fraktion mit dem heimischen Bundestagsabgeordneten Michael Brand zur Förderung und Entlastung der Stadt Fulda durch den Bundeshaushalt.

Fördermittel für „Soziale Stadt“, für Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren, für energetische Sanierung („Konjunkturpaket II“): Fulda konnte immer wieder Unterstützung des Bundes für wichtige Vorhaben mobilisieren. Anfang 2012 wurde Richtfest für den neuen Campus der Hochschule gefeiert; auch hier trägt der Bund mit Millionen zu einem „Leuchtturmprojekt“ bei. Fraktionschef Stollberg und

MdB Brand hoben hier den konkreten Gewinn für Fulda hervor, wie zum Beispiel die Hochschul-, Landes- und Stadtbibliothek mit bundesweitem Modellcharakter und vor allem eine wichtige Investition in die „Bildungsrepublik Deutschland“.

Der Bund engagiert sich seit langem in Fulda, so auch teils schon erfolgreich abgeschlossenen Maßnahmen. Zu den Projekten zählen u. a. der Ortskern Horas, die Westliche Innenstadt, der Aschenberg, der Südliche Innenstadtrand oder auch die Kernstadt. Die Bundesmittel, so auch für Kanzlerpalais, die Grünanlage am Hirtsrain oder am ehemaligen Weißenseegelände seien „auch wirtschaftlich gut angelegt, denn jeder Euro Förderung bedeutet bis zu acht Euro zusätzliche Investitionen für Mittelstand, Handwerk und Beschäftigte in der Region“, betonte MdB Brand.

Erst jüngst habe der Bundestag die Kommunen, so auch Fulda, von gewaltigen finanziellen Belastungen entlastet. Vor allem bei der Grundsicherung im Alter entlastet der Bund die Kommunen mit Übernahme der Kosten (von 15 % im Jahr 2011, über 45 % in 2012 und 75 % in 2013 auf dann volle 100 % ab dem Jahr 2014) um Milliarden, so Brand. Angesichts der demografischen Entwicklung „ist das ein Riesenschritt zur dauerhaften Entlastung der kommunalen Haushalte, in erheblichem Umfang: allein bis 2015 werden die Kommunen so um über 12 Mrd. und bis zum Jahr 2020 gar

um rund 54 Mrd. Euro entlastet“, betonte der Abgeordnete.

Der Landkreis Fulda wird konkret bis 2014 um fast 14 Millionen EURO entlastet, ab 2014 sogar in kompletter Höhe, also um jährlich mindestens 8 Millionen EURO entlastet, da mit steigenden Kosten bei der Grundsicherung zu rechnen ist.

Die Förderung kommunaler Investitionen sei ebenso wie die Entlastung ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der kommunalen Gestaltungsfreiheit, bekräftigte Fraktionsvorsitzender Stollberg. Beide waren sich einig, dass auch weiter in den öffentlichen Haushalten die in Jahrzehnten aufgebauten Schulden konsequent zurück gefahren werden müssen.

Umso wichtiger sei, dass auch in Zeiten der Konsolidierung die kommunale Gestaltung möglich bleibe, „wie das erfolgreiche Beispiel der Stadt Fulda zeigt“, betonte Stollberg.



Enorme Investition in die Hochschule Fulda.

Für Sie neu im Stadtparlament

CDU-Stadtverordnete stellen sich vor – Teil 2



Helena Walz (26), ledig, Ökotrophologin, Masterstudiengang Public Health Nutrition an der Hochschule Fulda, Assistentin der Geschäftsleitung beim Gesundheitsnetz Osthesen, seit März 2011 Stadtverordnete, Mitglied des Ausschusses für Soziales, Familie und Jugend, Mitglied des Jugendhilfeausschusses:

„Mir ist es wichtig, aktiv an der Entwicklung meiner Stadt mitzuwirken und dabei Interessen zu vertreten. Dabei sind mir die Sicherstellung eines hohen medizinischen Versorgungsniveaus, die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. a. durch den Ausbau von U3-Betreuungsplätzen, das Angebot eines anspre-

chenden Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche sowie die Förderung der Attraktivität der Innenstadt besondere Anliegen.“



Norbert Jehn (45), verheiratet, eine Tochter, Landwirt, Agrartechniker, Bewirtschaftung des elterlichen Betriebs in Edelzell, seit März 2011 Mitglied der Fuldaer Stadtverordnetenversammlung, darin Mitglied des Umweltausschusses:

„Ich möchte in der Stadtverordnetenversammlung auch die Interessen der Landwirte vertreten. Darüber hinaus ist es immer interessant, in der eigenen Stadt an wichtigen Entscheidungen zum Wohl aller mitwirken zu können.“

Impressum:

CDU-Stadtverordnetenfraktion Fulda
verantwortlich Gerhard Stollberg
Schlossstraße 5
36037 Fulda
Telefon 24 25 62, Fax 24 21 49,
Web www.cdu-fraktion-fulda.de
Mail fraktion@cdu-fulda.de

Redaktion: H. D. Alt, G. Stollberg,
S. Werner

Konzept und Realisierung:
sixeyesmedia gmbh

Haben Sie Fragen oder Anregungen?
Dann schreiben Sie uns einfach eine
kurze Mitteilung.

